



Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung
am Donnerstag, dem 20.02.2014, 15:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:05 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr KTA Jörg Brüning, 31636 Linsburg
Herr KTA Ernst Brunschön, 31547 Rehburg-Loccum
Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe
Herr KTA Rüdiger Kaltofen, 31604 Raddestorf
Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg
Herr KTA Dr. Frank Schmädeke, 31622 Heemsen
Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen
Herr KTA Rolf Warnecke, 31582 Nienburg
Herr KTA Dr. Ralf Weghöft, 31582 Nienburg
Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte

Beratendes Mitglied

Herr Helmut Ebeling, 31623 Drakenburg

Vertretung für Herrn
Claus Peter Schumann

Herr Tobias Göckeritz, 31634 Steimbke
Herr Dr. Hans Reye, 31547 Rehburg-Loccum

Verwaltung

Herr Markus Arndt
Herr Mark Härtel
Herr BD Dietrich Pagels
Frau Meike Rohlfing
Frau BD Angelika Sack
Herr Kreisrat Thomas Schwarz

als Protokollführer

Gast

Herr Sydow

Presse

Herr Sebastian Stüben, „Die Harke“
Frau Larissa Steffenhagen, „Kreiszeitung“

Der Vorsitzende KTA Warnecke eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Er bittet, die Tagesordnung um folgenden Punkt zu erweitern:

**„Qualitätsoffensive Weserradweg
hier: weitere Bereitstellung von Eigenmitteln“**

Der Ausschuss für Regionalentwicklung erklärt sich hiermit einverstanden.

Der Vorsitzende KTA Warnecke stellt sodann die nachstehende Tagesordnung fest:

- | | | |
|--------|---|-------------------|
| TOP 1: | Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung vom 07.11.2013 | |
| TOP 2: | Erweiterung des GVH-Tarifes | 2014/013 |
| TOP 3: | 7. Nachtragsvereinbarung (NTV) zum VLN-Vertrag | 2014/015 |
| TOP 4: | Maßnahmen erster Priorität für die Verwendung der Regionalisierungsmittel
34. Ergänzung (Februar 2014) | 2014/014/1 |
| TOP 5: | Entwurf der 3. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2003 (RROP); hier Beteiligung und öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) und (3) Niedersächsisches Gesetz über Raumordnung und Landesplanung (NROG) | 2014/016 |
| TOP 6: | Bericht zum Erreichen des Produktziels 52210 „Baugenehmigungen werden in 80% der Fälle innerhalb von 30 Tagen nach Vollständigkeit und Richtigkeit der Unterlagen erteilt“ | 2014/020 |
| TOP 7: | Kofinanzierung für die Fortsetzung des Projektes Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft in Nienburg | 2014/021 |
| TOP 8: | Klimaschutz im Landkreis Nienburg
hier: Fortführung der Klimaschutzaktivitäten ab 2015 | 2014/017 |
| TOP 9: | Qualitätsoffensive Weserradweg
hier: weitere Bereitstellung von Eigenmitteln | 2014/038 |

TOP 10: Mitteilungen/Anfragen

TOP 10.1: Mitteilungen/Anfragen
hier: Mitteilung zum Netzentwicklungsplan

TOP 10.2: Mitteilungen/Anfragen
hier: Sachstandsbericht zur 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2003 - Teiländerung Windenergie

TOP 11: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende

Protokollführer

Der Landrat
In Vertretung

gez. Warnecke

gez. Härtel

gez. Schwarz

Kreistagsabgeordneter

Verwaltungsfachangestellter

Kreisrat



Protokoll zu TOP 1

20.02.2014

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Regionalentwicklung vom 07.11.2013**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 07.11.2013 wird genehmigt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 2

2014/013
20.02.2014

Erweiterung des GVH-Tarifes

Beschluss:

Das Gremium beschließt geändert.

Die Erweiterung des GVH-Tarifs im Landkreis Nienburg/Weser wird mit der Einführung von GVH-Tickets auf der Strecke Nienburg – Linsburg – Hannover beschlossen. Hierfür ist ein jährlicher Ausgleich von ca. 174.000 € vom Landkreis Nienburg/Weser zu leisten.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 6 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 1 Enthaltungen

Beratungsgang:

Dipl.-Ökonom Sydow führt die anliegende Präsentation vor. Er stellte dabei richtig, dass die in der Vorlage genannten Beiträge die gesamten Kosten für die Integration der Bahnhöfe im Landkreis Nienburg/Weser in den GVH-Tarif darstellten. Davon müsste der Landkreis Nienburg/Weser mit rund 174.000 € den größeren, aber auch die Region Hannover mit rund 43.000 € einen kleinen Teil leisten, da die Verkehrsströme in beide Richtungen zu berücksichtigen seien.

Die in der Vorlage genannten Beiträge seien somit zu hoch dargestellt. Er teilte als erforderlichen jährlichen Zuschuss des Landkreises Nienburg/Weser folgende Beträge mit:

- | | | |
|----|--|------------------|
| 1. | Einführung des GVH – Tarifs im Barverkauf (Tickets) auf der Strecke Nienburg – Linsburg – Hannover | 174.286 € |
| 2. | Integration der Bahnhöfe Eystrup und Leese für Tickets | 52.045 € |
| | für Cards | 52.370 € |
| 3. | 1. und 2. Zusammen | 278.700 € |

Auf Nachfrage von KTA Dr. Weghöft informierte Dipl.-Ökonom Sydow darüber, dass die Einführung des neuen Tarifangebots zum Fahrplanwechsel am 14.12.2014 geplant sei. Um diesen Termin halten zu können, sei es erforderlich, dass spätestens

im Juni 2014 Beschlüsse über die Finanzierung des Tarifangebots vorliegen müssten. Aus seiner Sicht wäre es insbesondere für die Vermarktung des neuen Angebots günstig, wenn alle Landkreise des erweiterten Wirtschaftsraumes Hannover die Erweiterung des GVH-Tarifbeschlusses beschließen und ergänzt, dass ein späterer Einstieg sehr schwer zu realisieren sei.

KTA Dr. Weghöft führt aus, dass er ein ungutes Bauchgefühl bei der Sache habe und ihm der Beschluss in der Sache zu schnell gehe, da Aussagen zu räumlichen Beziehungen in Bezug auf die Kaufkraft fehlten. Er halte darüber hinaus eine Beteiligung der Kommunen für sinnvoll, damit der Beschluss auf breiter Akzeptanz basiere.

KTA Leseberg führt an, dass eine Integration für Linsburg positiv sei und entgegnet, dass ein möglicher Kaufkraftverlust nicht vernachlässigt werden dürfe, in der Diskussion jedoch nicht neu sei. Er regt weiter an, dass die Erweiterung des GVH-Tarifbeschlusses Bestandteil der Imagekampagne werden könne und fragt, ob Haushaltsmittel verfügbar seien.

Dipl.-Geogr. Arndt erläutert, dass die Haushaltsmittel erst im Haushalt 2015 eingestellt werden müssten. Ferner gibt er zu bedenken, dass bei einer Finanzierung aus Regionalisierungsmitteln andere Maßnahmen wie z. B. der Haltestellenbau, der Schnellbus usw. nicht im gewohnten Umfang weiter betrieben werden könnten.

KTA Brunschön sieht in der Erweiterung des GVH-Tarifbeschlusses Vorteile, die dazu beitragen könnten, das Leitziel „mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern“ zu unterstützen. Seine Fraktion befürworte daher die Variante B „Die Erweiterung des GVH-Tarifbeschlusses im Landkreis Nienburg/Weser wird mit der Einführung von GVH-Tickets auf der Strecke Nienburg – Linsburg – Hannover“. Dabei solle 3 Jahre nach Einführung des Angebots eine Evaluierung vorgenommen werden.

KTA Bergmann-Kramer spricht sich dafür aus, trotz der höheren Kosten auch den Bahnhof Eystrup einzubeziehen, da die Finanzierung aus Regionalisierungsmitteln erfolgen könne. Er verwies darauf, dass der Bahnhof Eystrup jeden Tag 500 Ein- und Aussteiger habe. Er könne sich vorstellen, dass sich die Gemeinde Eystrup an den Zuschusskosten beteilige, falls eine Finanzierung aus Regionalisierungsmitteln nicht ausreiche.

KTA Warnecke fragt nach, ob es sinnvoll sei, in den Beschluss die angestrebte Landesförderung als Bedingung zu integrieren.

Dipl.-Ökonom Sydow rät davon ab und erläutert, dass die Region Hannover ein sehr großes Interesse an dem Landeszuschuss habe, da von ihr allein zusätzlich rund 840.000 € getragen werden müssten.

KTA Westermann hinterfragte, was die Einbeziehung allein des Bahnhofs Leese kostete.

Dipl.-Ökonom Sydow entgegnet, dass eine Einzelbetrachtung des Bahnhofs in Leese nicht sinnvoll sei, da die Verkehrsströme von Leese in die Region Hannover überwiegend nicht mit dem SPNV erfolgen würden.

KTA Kaltofen spricht sich dafür aus, Variante C „Einbeziehung auch der Bahnhöfe Eystrup und Leese“ zu beschließen.

KTA Brunschön stellt den Antrag aus den bereits genannten Gründen die Beschlussoption B zu beschließen.



Protokoll zu TOP 3

2014/015
20.02.2014

7. Nachtragsvereinbarung (NTV) zum VLN-Vertrag

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Verkehrsgesellschaft Landkreis Nienburg/Weser (VLN) Verhandlungen über eine 7. NTV zum VLN-Vertrag auf Basis des als Anlage 1 beigefügten Entwurfes aufzunehmen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 4

2014/014/1
20.02.2014

**Maßnahmen erster Priorität für die Verwendung der Regionalisierungsmittel
34. Ergänzung (Februar 2014)**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Liste von Maßnahmen erster Priorität soll um

Maßnahme 525 Zuschuss für einen personenbedienten Fahrkartenverkauf am Bahnhof Eystrup in den Jahren 2014, 2015, 2016 mit einem Kostenrahmen von insgesamt 45.000 € erweitert werden.

Die Liste von Maßnahmen erster Priorität soll nicht um

Maßnahme 526 Ausbildung von Busbegleitern am Gymnasium Stolzenau mit einem Kostenrahmen von 20.000 € erweitert werden.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

Auf Nachfrage von KTA Kaltofen erläutert Dipl.-Geogr. Arndt, dass die Verwaltung derzeit davon ausgehe, dass ein Bericht seitens der VLN vorgelegt werde. Die Maßnahme müsste dann von der VLN erneut beantragt werden und würde dem Gremium zur Entscheidung vorgelegt.



Protokoll zu TOP 5

2014/016

20.02.2014

Entwurf der 3. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2003 (RROP); hier Beteiligung und öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) und (3) Niedersächsisches Gesetz über Raumordnung und Landesplanung (NROG)

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der RROP-Entwurf zur 3. Änderung des RROP einschließlich eines Umweltberichtes soll gemäß der Vorschriften des § 3 (2) NROG den am Verfahren zu beteiligenden Stellen übersandt und gem. § 3 (3) NROG öffentlich ausgelegt werden. Die Dauer der Auslegung und die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme sollen mindestens 8 Wochen umfassen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 6

2014/020

20.02.2014

Bericht zum Erreichen des Produktziels 52210 „Baugenehmigungen werden in 80% der Fälle innerhalb von 30 Tagen nach Vollständigkeit und Richtigkeit der Unterlagen erteilt“

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

BD Sack erläutert die Vorlage. Sie führt dabei aus, dass in nahezu 86% aller Fälle das Serviceziel eingehalten worden sei. Daraus folge aber, dass in den übrigen Fällen das Serviceziel nicht erreicht werden können. Dies sei bedingt zum einen durch die Komplexität des jeweiligen Einzelfalls und zum anderen auch durch hohe Zahl der Krankheitsausfälle. Auch sei dabei die im November 2011 in Kraft getretene Novelle der NBauO zu berücksichtigen.

Auf Nachfrage von KTA Brunschön erläutert BD Sack, dass 30 – 40 % aller Anträge vollständig eingehen und 60 – 70 % dementsprechend nicht vollständig seien.

KTA Dr. Weghöft führt aus, dass es gut sei, wenn man sich Ziele setzt und diese auch erreicht. Ferner hält er fest, dass unvollständige Anträge mehr Arbeitszeit kosten würden und fragt nach, wie derzeit beraten werde und bittet um rechtzeitige Beratung und empfiehlt evtl. das zur Verfügung stellen von Checklisten.

Kreisrat Schwarz erläutert, dass es vor dem Jahre 2011 ein Forum für Entwurfsverfasser gegeben habe. Dies wurde leider zuletzt nicht mehr zufrieden stellend angenommen und daher nicht mehr angeboten.

BD Sack ergänzt, dass bisher viele Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität der Antragsunterlagen unternommen worden seien. Leider sei damit keine nachhaltige Qualitätssteigerung erreicht worden. Darüber hinaus gäbe es das Angebot der Einzelberatung, jedoch sei hier festzustellen, dass die Nachfrage stagniere.

KTA Leseberg fragt nach, ob regelmäßig die gewerblichen Baugenehmigungen nicht innerhalb des gesetzten Serviceziels erteilt werden würden.

BD Sack führt aus, dass häufig gewerbliche und landwirtschaftliche Baugenehmigungen aufgrund ihrer Komplexität mehr Zeit benötigten.

Kreislandwirt Göckeritz stellt heraus, wie wichtig die Einzelfallberatung sei. Er wünsche sich jedoch manchmal mehr Verbindlichkeit in der Beratung und empfiehlt die Beratung zu protokollieren.

KTA Sieling bestätigt, dass eine Beratung immer vorteilhaft sei und erläutert, dass überregional tätige Entwurfsverfasser oft berichten würden, dass in anderen Zuständigkeitsbereichen identische Verfahren scheinbar unterschiedlich behandelt werden würden und fragt darüber hinaus nach, ob sich die Personalsituation verbessert habe.

BD Sack berichtet, dass die Personalsituation im technischen Bereich auf einem guten Weg sei, jedoch der Verwaltungsbereich derzeit aufgrund von Langzeiterkrankungen als dramatisch anzusehen sei. Es sei ein Personalentwicklungskonzept erarbeitet worden, welches sich im Hause in der Abstimmung befinde.

KTA Westermann erkundigt sich, wie die Personalsituation gelöst werden solle.

BD Sack entgegnet, dass angestrebt werde, die seit letztem Jahr befristet tätige Verwaltungskraft langfristig an den Fachbereich zu binden.

Derzeit wird ein Konzept zur Personalbemessung und -entwicklung im Sinne der Zielvereinbarung LR/KT erarbeitet.



Protokoll zu TOP 7

2014/021
20.02.2014

Kofinanzierung für die Fortsetzung des Projektes Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft in Nienburg

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Landkreis Nienburg/Weser beteiligt sich an der Finanzierung der Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft in Nienburg im Zeitraum 01.2014 bis 06.2015. mit einem Höchstbetrag von 12.000.-€. In 2014 können bis zu 7.000.-€, in 2015 bis zu 5.000.-€ ausgezahlt werden.

Haushaltsmittel sind speziell für das Projekt eingestellt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

Auf Nachfrage von KTA Brüning wie sich die Zusammenarbeit der WIN GmbH mit der Koordinierungsstelle Frau + Wirtschaft verändert habe, erläutert BD Pagels, dass sich die WIN bei der Einrichtung der Koordinierungsstelle vermehrt um das Thema Frau + Wirtschaft gekümmert habe. Durch die Etablierung der Koordinierungsstelle könne sich die WIN GmbH jetzt verstärkt der allgemeinen Wirtschaftsförderung widmen.



Protokoll zu TOP 8

2014/017
20.02.2014

Klimaschutz im Landkreis Nienburg hier: Fortführung der Klimaschutzaktivitäten ab 2015

Beschluss:

Das Gremium beschließt geändert.

1. Die Klimaschutzaktivitäten werden über 2014 hinaus weitergeführt.
2. Die vakante Stelle soll schnellstmöglich besetzt werden.
3. Die Verwaltung erstellt einen Businessplan mit Finanzierungsplan und legt diesen dem Ausschuss bis zur nächsten Sitzung am 20.05.2014 vor.
4. Eine Evaluation der Arbeit soll im Jahr 2017 vorgenommen werden.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

KTA Brunschön führt aus, dass es im Klimaschutzmanagement und der Klimaschutzagentur Mittelweser e. V. derzeit eine Unterbesetzung gäbe. Er bekräftigt, dass die Kooperation aus Wählergemeinschaft, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD sich für eine Weiterführung der Klimaschutzaktivitäten ausspreche, da sich diese bewährt hätten. Er fordert daher die Verwaltung auf, die vakante Stelle schnellstmöglich zu besetzen und einen Business- und Finanzierungsplan zu erarbeiten. Er stelle sich dabei eine Finanzierung jeweils zu einem Drittel vom Landkreis, den Kommunen und der Wirtschaft vor. KTA Brunschön stellt daher den Antrag folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Klimaschutzaktivitäten werden über 2014 hinaus weitergeführt.
2. Die vakante Stelle soll schnellstmöglich besetzt werden.
3. Die Verwaltung erstellt einen Businessplan mit Finanzierungsplan und legt diesen dem Ausschuss bis zur nächsten Sitzung am 20.05.2014 vor.

KTA Dr. Weghöft fragt nach, wie es mit der Evaluierung aussehe.

BD Pagels entgegnet, dass das Klimaschutzmanagement gegenüber dem Bundesumweltministerium jährlich berichten müsse. Eine Evaluation sei daher unproblematisch.

tisch. Im Bereich der Klimaschutzagentur Mittelweser e. V. sei der Landkreis freier. Dort werde jedoch auch eine Evaluation stattfinden.

Im Ausschuss bestand Einigkeit, dass eine Evaluation nach weiteren drei Jahren erfolgen solle. Daher wurde der Beschluss um

4. Eine Evaluation der Arbeit soll im Jahr 2017 vorgenommen werden
erweitert.



Protokoll zu TOP 9

2014/038

20.02.2014

**Qualitätsoffensive Weserradweg
hier: weitere Bereitstellung von Eigenmitteln**

Beschluss:

Das Gremium beschließt geändert.

Der Landkreis Nienburg/Weser stellt die Kofinanzierungsmittel für die Beschilderungsmaßnahmen, Planungskosten, der Zählstelle und des Infrastrukturprojektes „Beobachtungsturm Liebenauer Gruben“ im Zuge der „Qualitätsoffensive Weserradweg“ in Höhe von 166.000 Euro vorbehaltlich der Zuwendung der NBank zur Verfügung.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

BD Pagels führt die anliegende Präsentation vor.

KTA Warnecke schlägt vor, den Beschluss vorbehaltlich der Förderung durch die NBank zu fassen und bittet um eine ausführliche Sachverhaltsdarstellung bis zum Kreisausschuss am 10.03.2014.



Protokoll zu TOP 10

20.02.2014

Mitteilungen/Anfragen

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.



Protokoll zu TOP 10.1

20.02.2014

Mitteilungen/Anfragen
hier: Mitteilung zum Netzentwicklungsplan

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

Dipl.-Geogr. Arndt teilt mit, dass nach derzeitigem Stand die Variante „Suedlink“ vom Betreiber Tennet bevorzugt werde. Diese rund 800 km lange Trasse verlaufe östlich vom Landkreis Nienburg durch die Landkreise Heidekreis, Celle und die Region Hannover. Der Landkreis Nienburg/Weser sei somit derzeit nicht von diesem Netzausbauplan betroffen.



Protokoll zu TOP 10.2

20.02.2014

Mitteilungen/Anfragen

hier: Sachstandsbericht zur 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2003 - Teiländerung Windenergie

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

Dipl.-Geogr. Rohlfing teilt mit, dass die Frist zur Stellungnahme im Rahmen der zweiten Auslegung der 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms – Teiländerung Windenergie heute ablaufe. Bisher seien 90 Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belangen und 50 Stellungnahmen von natürlichen und juristischen Personen des privaten Rechts eingegangen.

Im Kern müsse nach den bisherigen Stellungnahmen das potentielle Vorranggebiet Estorf/Landesbergen neu geprüft werden, da der Hängegleitschirmverein signalisiert habe auf die genehmigte Start- und Landebahn zu verzichten, so Dipl.-Geogr. Rohlfing.

Darüber hinaus sei das potentielle Vorranggebiet 19 Westlich Sonnenborstel insbesondere auf die Wohnbebauung, die vorhandenen Tierhaltungsanlagen und mögliche Naturschutzfachliche Wertigkeiten hin konkreter zu prüfen.

Das Land Niedersachsen habe vorab signalisiert, dass es grundsätzlich mit dem Entwurf einverstanden sei und noch formale Hinweise geben werde.

Besonders problematisch sei jedoch die Stellungnahme des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung, in der darauf hingewiesen werde, dass das Drehfunkfeuer Nienburg in der Gemarkung Wendenborstel gefährdet werden könnte und gem. § 18 des Flugsicherheitsgesetzes die Drehfunkfeuer nicht gefährdet werden dürften. Dies sei ein bundesweites Problem und müsse näher geprüft werden, so Dipl.-Geogr. Rohlfing.

Auf Nachfrage von KTA Leseberg, wie mit dem Problem umgegangen werden solle erläutert Dipl.-Geogr. Rohlfing, dass es denkbar sei, dies im Rahmen der gemeindlichen Bauleitplanung zu thematisieren.

Kreisrat Schwarz ergänzt, dass die Stellungnahme erst einen Tag alt sei. Ein Gutachten der Landesumweltminister zu diesem Thema sei in Arbeit. Das Land Niedersachsen, speziell das für Raumordnung zuständige Landwirtschaftsministerium, werde von uns dazu angeschrieben. Zusammenfassend sei festzustellen, dass die Quantität der Eingaben gesunken, im Gegenzug die Qualität jedoch gestiegen sei. Daher sei derzeit noch nicht abschätzbar, ob der gesteckte Zeitplan einzuhalten sei, so Kreisrat Schwarz.



Protokoll zu TOP 11

20.02.2014

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne